

Inhaltsverzeichnis

1. Stiftung Familienunternehmen	
2. Die Familienunternehmer - ASU	
3. Günther Oettinger	
4. Udo di Fabio	
5. Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung	
6. Clemens Fuest	
7. Wirtschaftsbeirat Bayern	
8. Vernunftkraft	

Stiftung Familienunternehmen

Die **Stiftung Familienunternehmen** setzt sich in Politik und Medien für die Anliegen der größten deutschen Familienunternehmen ein. In der Öffentlichkeit wird die Stiftung zuweilen als Vertretung des Mittelstands wahrgenommen, da die Begriffe Familienunternehmen und Mittelstand häufig synonym verwendet werden. Sie wird jedoch von über 600 Firmen "aus dem Kreis der größten deutschen Familienunternehmen" getragen.^[1] Das Kuratorium und die Unterstützer bestehen in erster Linie Großkonzerne und Superreichen. In ihrer politischen Arbeit konzentriert sich die Stiftung vor allem darauf, die stärkere Besteuerung von Reichtum abzuwehren (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Körperschaftsteuer).

Nach eigenen Angaben fokussiert sich die Stiftung auf die Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie den diesbezüglichen Erfahrungsaustausch zum Thema Familienunternehmen.^[2] Hierzu gehören beispielsweise die Förderung von Forschungsarbeiten sowie die Unterstützung von wissenschaftlichen Arbeiten und Lehrstühlen bzw. Instituten.

Als Reaktion auf das Urteil des Bundesfinanzhofes aus dem Jahr 2019, in dem Attac die Gemeinnützigkeit abgesprochen wurde, ist die Stiftung Familienunternehmen um die nicht gemeinnützige **Stiftung Familienunternehmen und Politik** ergänzt worden, die für die Lobbyarbeit zuständig ist.^[3] Die Organe der neuen Organisation (Vorstand, Geschäftsführer und Kuratorium) sind mit denen der Stiftung Familienunternehmen identisch. Ein weiteres Organ ist der Förderkreis, dem ca. 600 umsatzstarke Firmen und Superreiche angehören, die die Ausrichtung der Organisation mitgestalten. Laut Greenpeace finanziert sich die Stiftung Familienunternehmen und Politik über Dienstleistungsverträge mit Unternehmen, die individuell verhandelt werden.^[4] Die im Vertrag aufgeführten Hauptleistungen der Stiftung Familienunternehmen und Politik umfassten die strategische Positionierung der Interessen von Familienunternehmen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit.

Stiftung Familienunternehmen und Politik



Rechtsform Rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts

Tätigkeitsbereich Politische Interessenvertretung der größten deutschen Familienunternehmen

Gründungsdatum 2002 (Stiftung Familienunternehmen), 2021 (Stiftung Familienunternehmen und Politik)

Hauptsitz Stuttgart (Sitz), München (Büro der meisten Beschäftigten)

Lobbybüro Haus des Familienunternehmens, Pariser Platz 6a, Berlin

Lobbybüro EU

Webadresse familienunternehmen.de

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 "Stiftung Familienunternehmen" und "Stiftung Familienunternehmen und Politik"	3
2 Definition von Familienunternehmen	4
3 Lobbystrategien und Einfluss	4
3.1 Aktivitäten	4
3.2 Projekte	4
3.3 Repräsentanz in Brüssel (Haus des Familienunternehmens)	5

3.4 Kampagne zum Bürokratieabbau mit Medien des Kulturstaatssekretärs Wolfram Weimer	5
3.5 Einfluss in der Wissenschaft	5
4 Hohe Spenden an CDU, CSU und FDP	6
5 Erbschaftsteuer	6
5.1 Einsatz für die Abschaffung/Reduzierung der Erbschaftsteuer	7
5.2 Einfluss auf Reform der Erbschaftsteuer 2016	8
6 Organisationsstruktur und Personal	9
6.1 Vorstand und Geschäftsführer	9
6.2 Kuratorium	9
6.3 Wissenschaftlicher Beirat	10
6.4 Förderkreis	10
7 Finanzen	11
8 Weitere Informationen	11
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	12
10 Einzelnachweise	12

"Stiftung Familienunternehmen" und "Stiftung Familienunternehmen und Politik"

Die gemeinnützige **Stiftung Familienunternehmen** mit Sitz in Stuttgart hat 2021 die (nicht gemeinnützige) **Stiftung Familienunternehmen und Politik** mit Sitz in Stuttgart als ihren Lobbyarm gegründet.

Laut **Satzung** besteht der Zweck der Stiftung Familienunternehmen in der Förderung, Information, Bildung und Erziehung sowie dem wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Familienunternehmertums in Europa. Stifter ist **Brun-Hagen Hennerkes**. Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand und das Stiftungskuratorium. Zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium. Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Stiftungskuratoriums müssen Gesellschafter von Familienunternehmen, deren Ehegatten oder (aktive oder ehemalige) Mitglieder der Geschäftsführung eines Familienunternehmens sein.

Nach ihrer **Satzung** ist der Zweck der Stiftung Familienunternehmen und Politik die Förderung des Familienunternehmertums, die Bildung von Netzwerken und der Diskurs politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Themen, soweit diese Familienunternehmen oder das Familienunternehmertum nachhaltig beeinflussen. Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand, das Stiftungskuratorium und der Förderkreis. Der Stiftungsvorstand besteht aus mindestens einem Mitglied und aus höchstens vier Mitgliedern. Bis zu zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der nicht vom Stifter ernannten Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium. Die ersten Mitglieder des Stiftungskuratoriums werden für deren erste Amtszeit durch den Stifter berufen. Die weiteren Mitglieder des Stiftungskuratoriums und die Nachfolger der ersten Mitglieder werden durch das gesamte Stiftungskuratorium mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Die Mitglieder des Stiftungskuratoriums dürfen nicht zugleich Mitglieder des Stiftungsvorstandes oder des Förderkreises sein. Natürliche Personen und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die sich zu den Zielen der Stiftung bekennen, können in den Förderkreis der Stiftung berufen werden. Die Entscheidung über ihre Berufung in den Förderkreis trifft der Vorstand.

Definition von Familienunternehmen

Die Stiftung Familienunternehmen definiert Familienunternehmen wie folgt:

„Ein Unternehmen beliebiger Größe ist ein Familienunternehmen, wenn:

- sich die Mehrheit der Entscheidungsrechte im Besitz der natürlichen Person(en), die das Unternehmen gegründet hat/haben, der natürlichen Person(en), die das Gesellschaftskapital des Unternehmens erworben hat/haben oder im Besitz ihrer Ehepartner, Eltern, ihres Kindes oder der direkten Erben ihres Kindes befindet, und
- die Mehrheit der Entscheidungsrechte direkt oder indirekt besteht, und/oder
- mindestens ein Vertreter der Familie oder der Angehörigen offiziell an der Leitung bzw. Kontrolle des Unternehmens beteiligt ist.

Börsennotierte Unternehmen entsprechen der Definition eines Familienunternehmens, wenn die Person(en), die das Unternehmen gegründet oder das Gesellschaftskapital erworben hat/haben oder deren Familie(n) oder Nachfahren, aufgrund ihres Anteils am Gesellschaftskapital mindestens 25 Prozent der Entscheidungsrechte hält/halten.“

Quelle: ^[5]

Lobbystrategien und Einfluss

Aktivitäten

Im [Lobbyregister](#) wird zu den Aktivitäten der Stiftung Familienunternehmen und Politik ausgeführt: „Zentrale Pfeiler der Stiftungsarbeit ist es, Unternehmensvertreter mit Politik und Wissenschaft in Austausch zu bringen. Gegenüber politischen Entscheidungsträgern nimmt die Stiftung die Interessen der Familienunternehmen auf nationaler und europäischer Ebene wahr. Dazu zählt das Verfassen von Stellungnahmen i. R. v. Gesetzgebungsverfahren des Bundes und der Europäischen Union, die Organisation von Gesprächs- und Diskussionsformaten mit politischen Entscheidungsträgern insbesondere auf Bundesebene, aus der Bundesverwaltung sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft. Zudem werden politische Entscheidungsträger in die Veranstaltungen interner Fachgremien einbezogen. Auch bringen Vertreter der Stiftung ihren Sachverstand in Expertenanhörungen im Deutschen Bundestag oder in Fachgespräche der Bundesverwaltung ein.“

Die bekannteste Veranstaltung ist der [Tag des Familienunternehmens](#), der jährlich in Berlin stattfindet.

Die Lobbyausgaben werden im Lobbyregister für 2024 mit 200.001 bis 2.210.000 Euro beziffert. Es werden 5,4 Lobbyisten (Vollzeitäquivalent) beschäftigt.

Projekte

Zu den im [Lobbyregister](#) (Stand: 23.07.2025) genannten Regelungsvorhaben werden u.a. genannt:

- Entlastung der Wirtschaft von bürokratischen Belastungen
- Schutz personenbezogener Daten, von Betriebs- u. Geschäftsgeheimnissen im Online-Handelsregister
- Vorgaben der EU-Lieferkettenrichtlinie handhabbar und möglichst rechtssicher ausgestalten
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch haushaltsverträgliche Absenkung der Körperschaftsteuer

- Abschaffung der Erbschaftsteuer
- Verbesserung der Thesaurierungsregelung für Personenunternehmen

Repräsentanz in Brüssel (Haus des Familienunternehmens)

Im [EU Transparenzregister](#) wird die Tätigkeit in Brüssel wie folgt beschrieben: „Die Stiftung Familienunternehmen und Politik verfolgt insbesondere die politischen und legislativen Initiativen im Bereich der Wirtschafts- und Handelspolitik, der Wettbewerbspolitik, der Steuerpolitik sowie im Bereich der Euro-Zone. Hierzu kommuniziert sie die aktuellen Erwartungen der Familienunternehmen an die europäische Politik.“ Zu den aktuellen Themen zählten die inhaltliche Entwicklung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD, (EU) 2022/2464) und die damit im Zusammenhang stehende Entwicklung und Umsetzung europäischer Sustainability Reporting Standards, ebenso die inhaltliche Entwicklung und Umsetzung der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD, (EU) 2024/1760). Weiterhin werden erwähnt: die Betrachtung politischer und legislativer Entwicklungen im Hinblick auf gesamtheitliche bürokratische Belastungen für Familienunternehmen sowie die Verschiebung und Entwicklung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte ((EU) 2023/1115).

Das [European Forum for Family Businesses](#) dient dem politischen Austausch zwischen Vertretern verschiedener Institutionen der Europäischen Union, Wirtschaftsexperten, Wissenschaftlern und Familienunternehmen zu spezifischen politischen Themen.

Kampagne zum Bürokratieabbau mit Medien des Kulturstaatssekretärs Wolfram Weimer

Im März 2025 startete die Stiftung gemeinsam mit „Business Punk“ und „The European“ eine Initiative „Das kann weg“, um vermeintlich überflüssige Bürokratie abzubauen.^{[6][7]} Im Zwei-Wochen-Rhythmus präsentiert „Miss Bürokratieabbau“ [Dr. Gisela Meister-Scheufelen](#) Vorschläge, welche staatlichen Regelungen, Gesetze und Vorschriften ersatzlos gestrichen werden können. Business Punk und The European erscheinen bei der Weimer Media Group GmbH, deren Gesellschafter der Kulturstaatsministers Wolfram Weimer und dessen Ehefrau Christiane Götz-Weimer sind.^[8] Die Weimer Media Group veranstaltet auch den „Ludwig Erhard Gipfel“ unter dem Motto „Wir vernetzen Entscheider“. Am 28. April 2025 ist Wolfram Weimer aus der Geschäftsführung der Weimer Media Group ausgeschieden, bleibt jedoch deren Gesellschafter.

Auch Focus Online beteiligt sich an der Lobby-Initiative.

Einfluss in der Wissenschaft

Auch in der Wissenschaft ist die Stiftung bestens vertreten: Sie fördert unter anderem die Institute und Forschungsstellen für Familienunternehmen an den Universitäten Witten-Herdecke ([Wittener Institut für Familienunternehmen](#)), Friedrichshafen ([Friedrichshafener Institut für Familienunternehmen](#)) und Bayreuth ([Forschungsstelle für Familienunternehmen](#)). Es werden Aufträge für Studien vergeben und somit die wissenschaftliche Diskussion über Familienunternehmen geprägt. Stiftungsgründer Hennerkes selbst ist Honorarprofessor in Witten-Herdecke, der Geschäftsführer der Stiftung lehrt in Friedrichshafen^[9]. Die Stiftung betreibt auch Wissenschaftslobbyismus, indem sie gezielt die Forschung zu Themen wie der

Erbschaftssteuer-Reform oder der Frauenquote unterstützt bzw. eigene Studien anfertigen lässt.^[10] Zusätzlich veröffentlicht die Stiftung Familienunternehmen in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten, wie dem arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) oder dem ifo-Institut, wissenschaftliche Gutachten und Studien. In diesen Veröffentlichungen wird unter anderem die Steuerbelastung für Unternehmen thematisiert. Das Ergebnis der Studien ist dabei fast immer, dass die Unternehmenssteuern gesenkt/nicht erhöht werden.^{[11][12][13]}

Die Auswirkungen von Steuererhöhungen oder -senkungen auf Unternehmen sind in der Wirtschaftswissenschaft jedoch umstritten. So schreiben beispielsweise einige Expert:innen der Einführung einer Vermögenssteuer oder einer Reform der Erbschaftssteuer positive Effekte für die Gesellschaft zu.^[14]
^[15]

Hohe Spenden an CDU, CSU und FDP

Finanzwende hat 2024 Parteispenden von Personen ausgewertet, deren Zugehörigkeit zur Stiftung Familienunternehmen öffentlich nachvollziehbar ist – aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Stiftungskuratorium oder in der Geschäftsführung der Stiftung.^[16] Ausgewertet worden seien die Spenden ab 10.000 Euro für die Jahre 2017 bis 2022. Jüngere Zahlen seien noch nicht verfügbar. Das Ergebnis der Recherche: „Das Umfeld der Stiftung Familienunternehmen spendete in sechs Jahren mindestens 2,8 Millionen Euro an Union und FDP. Hauptprofiteure waren in erster Linie die Union (CDU 1.813.000 Euro und CSU 85.000 Euro) sowie die FDP (974.000 Euro). An die Grünen wurden 96.000 Euro gespendet. Für die SPD haben wir keine größeren Spenden aus dem Umfeld der Stiftung Familienunternehmen gefunden. Mit Abstand größter Spender war übrigens die Familie Oetker.“^[17]

Erbschaftsteuer

Laut „Finanzwende“ soll die Erbschaftsteuer ein wenig Chancengleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft herstellen.^[18] Nach Art. 123 der Bayerischen Verfassung dient die Erbschaftsteuer „auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“ Die Bundesverfassungsrichter:innen Baer, Gaier und Masing haben in einem Sondervotum im [Urteil des Ersten Senats vom 17. Dezember 2014 - 1 BvL 21/12](#), Rn. 3, den Sinn der Erbschaftsteuer wie folgt definiert: „Die Erbschaftsteuer dient (...) nicht nur der Erzielung von Steuereinnahmen, sondern ist zugleich ein Instrument des Sozialstaats, um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumuliert und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwächst.“
^[19]

Die Stiftung setzt sich - ganz im Interesse der sie fördernden Superreichen - seit Jahren für die Abschaffung /Senkung der Erbschaftsteuer ein. Dabei hat sich nach Angaben von „Capital“ das Gesamtvermögen der 100 reichsten Deutschen seit 2001 von 263 Milliarden Euro auf 758 Milliarden Euro knapp verdreifacht.^[20] Das Bruttoinlandsprodukt habe sich im selben Zeitraum lediglich verdoppelt. Der bayerische Ministerpräsident Söder (CSU) kündigte am 1. September 2025 an, die Erbschaftsteuer in Bayern mindestens um 50 Prozent zu senken.^[21] Dagegen hat Jens Spahn (Fraktionsvorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion) im September 2025 eine ungerechte Vermögensverteilung angeprangert („Wir hatten in den letzten Jahren, gerade in der Niedrigzinsphase, die Situation, dass Vermögen eigentlich ohne größeres eigenes Zutun von alleine fast gewachsen ist“) und fordert eine Reform der Erbschaftssteuer.^[22] Das Institut der deutschen Wirtschaft kommt in der Studie „Erbschaft- und Vermögensteuer in den Wahlprogrammen“ vom Februar 2025 zu folgendem Ergebnis: „Das Spektrum geht von einer Abschaffung der Erbschaftsteuer bei der AfD (2025) bis

hin zu einer deutlichen Erhöhung der Steuersätze bei der Linken (2025). Das BSW (2025) sieht eine einheitliche Besteuerung von Erbschaften vor. Die Parteien der demokratischen Mitte unterscheiden sich ebenfalls voneinander. CDU/CSU (2025) und FDP (2025) zielen auf eine Entlastung ab, indem die Freibeträge erhöht werden sollen. SPD (2025) und Bündnis 90/Die Grünen (2025) sehen Mehrbelastungen für Erben von großen Betriebsvermögen vor.“^[23]

Zur Erbschaftsteuer stellt der Sachverständigenrat zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 2025 fest: „Bei Erbschaften und Schenkungen werden verschiedene Vermögensarten ungleichmäßig besteuert. Vor allem Betriebsvermögen werden steuerlich stark begünstigt. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer sollte reformiert werden, um für eine gleichmäßigere Besteuerung aller Vermögensarten zu sorgen. Dazu sollte die steuerliche Begünstigung von Betriebsvermögen deutlich verringert werden, indem die Verschonungsregelungen erheblich eingeschränkt und die Erbschaft- und Schenkungsteuer stärker am Leistungsfähigkeitsprinzip ausgerichtet werden.“^[24] Zur Begründung heißt es u.: „Der umfassende nachträgliche Steuererlass führt häufig dazu, dass sehr große Vermögensübertragungen vollständig oder fast vollständig steuerfrei erfolgen, obwohl die betroffenen Unternehmen über ausreichende Finanzierungs- und Ertragsmöglichkeiten verfügen, um eine Steuerzahlung ohne Gefährdung von Arbeitsplätzen oder der Unternehmensfortführung zu leisten.“^[25]

Einsatz für die Abschaffung/Reduzierung der Erbschaftsteuer

Im [Lobbyregister](#) (Stand: 23.07.2025) benennt die Stiftung die Abschaffung der Erbschaftsteuer als eines ihrer Regelungsvorhaben. Sie begründet dies wie folgt:

„Die Besteuerung von Erbschaften ist kompliziert. Die Erhebungskosten sind hoch, insbesondere wenn zu den Kosten der Finanzverwaltung auch diejenigen der Steuerpflichtigen, die sich nicht in den reinen Deklarationskosten erschöpfen, hinzugerechnet werden. Viele Länder verzichten auf die Besteuerung von Erbschaften. Dort, wo Erbschaften besteuert werden, sind vielfach Weitergaben innerhalb der Familie von der Erbschaftsteuer befreit oder Betriebsvermögen ganz oder teilweise freigestellt. Durch diese volkswirtschaftlich begründeten Freistellungen kommt es jedoch vielfach zu Abgrenzungsschwierigkeiten. Alle genannten Schwierigkeiten ließen sich vermeiden, wenn Deutschland – wie beispielsweise Schweden, Österreich und Portugal – die Erbschaftsteuer abschaffen würde.“

In dem Positionspapier [Ist die Erbschaftsteuer ungerecht?](#) wird versucht, vermeintlich falsche Thesen zur Erbschaftsteuer zu widerlegen.

„Finanzwende“ geht in der Publikation [Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer](#) auf die Argumente der Lobby ein.^[26] Dort wird u.a. festgestellt:

- Zwischen 2021 und 2023 lag der durchschnittliche gezahlte Steuersatz auf Multimillionen- und Milliardenvermögen im Schnitt bei nur 2,9 Prozent – im Jahr 2023 sogar bei lediglich 0,1 Prozent. Wer dagegen kleinere Beträge erbt, zahlte mehr als das Dreifache. Es gilt also: Je größer das Vermögen, desto kleiner der Steuersatz. Das ist Folge der sogenannten „Verschonungsbedarfprüfung“, einer Sonderregelung, durch die Multimillionär*innen und Milliardär*innen vollständig von der Steuer befreit werden können. Uns alle kostet das jedes Jahr bis zu 10 Milliarden Euro.
- Es gibt eine Vielzahl an Vorschlägen, wie die Erbschaftsteuer so gestaltet werden kann, dass sie Betriebe kaum belastet. Es wird zum Beispiel diskutiert, ob die Steuerschuld über Jahre gestreckt oder teilweise durch Übertragung von Unternehmensanteilen beglichen werden könnte. Die Höhe der Erbschaftsteuer wird im Übrigen ohnehin danach bemessen, wie viele Gewinne künftig aus dem Unternehmen zu erwarten sind – sind weniger Gewinne zu erwarten, fällt die Bewertung des Unternehmenswertes geringer aus und damit die anfallende Erbschaftsteuer.

- Die Unternehmenslobby warnt zwar oft vor Arbeitsplatzverlusten – Belege dafür gibt es aber nicht. Im Gegenteil: Die Ausnahmen für Unternehmensvermögen können dem Wirtschaftsstandort langfristig schaden und Arbeitsplätze kosten. Das zeigen der Beirat des Finanzministeriums und die OECD in ihren jeweiligen Berichten.

Einfluss auf Reform der Erbschaftsteuer 2016

Die Familienunternehmerlobby wertete die Reform der Erbschaftsteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.^[27] Gemeinsam mit dem Verband [Die Familienunternehmer, ASU](#) setzt sich die Stiftung gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum ein. In einem gemeinsamen Appell von Stiftungsgründer Hennerkes und Großunternehmen wie Bitburger, die Quandt-Erben und der Autovermieter Erich Sixt heißt es, die Erbschaftssteuer sei ein „bürokratisches Monster“ und gefährde Arbeitsplätze in Deutschland.^[28] ^[29]

Die Regierung reagierte im Sinne der Unternehmer. Im Ergebnis sah die Reform u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftssteuer weitgehend auszunehmen. Das Bundesverfassungsgericht indes beurteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.^[30] Bis Mitte 2016 musste die Regierung eine neue Regelung vorlegen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen wendeten sich vehement die Stiftung Familienunternehmen und [Die Familienunternehmer - ASU](#), worauf Bundesfinanzminister Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.^[31] Der im Juni 2016 vorgelegte Entwurf der Erbschaftssteuerreform wurde in mehreren Kommentaren als ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer gewertet.^{[32][33]} Da sich im parlamentarischen Verfahren keine Einigung zwischen Bundestag und Bundesrat abzeichnete, kündigte das Verfassungsgericht im Juli an, das Verfahren wieder an sich zu ziehen, weil der Gesetzgeber die Frist für einer Änderung verpasst hatte.^{[34][35]} Im September 2016 einigten sich Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss auf einen Kompromiss, nach dem Firmenerben weiter weitgehend verschont werden. Die Ökonomen Birger Scholz und Achim Truger kamen in einer von Campact in Auftrag gegebenen Studie zu dem Schluss, dass "die verfassungswidrige übermäßige Privilegierung des Betriebsvermögens im Rahmen der Erbschaft- und Schenkungsteuer im Ergebnis (fast) vollständig beibehalten" wird.^[36] Dies wurde auch in der taz heftig kritisiert^[37] und Hermann-Ulrich Viskorf, ehemaliger Vizepräsident des Bundesfinanzhof, urteilte gar: "Der Gesetzgeber hat die neuen Regeln aber so gestaltet, dass sie leicht umgangen werden können und nur für ganz wenige Erben großer Betriebsvermögen Bedeutung haben werden. Mein Fazit lautet: Das Ziel wurde verfehlt."^[38]

Die Kontakte zwischen der Stiftung Familienunternehmen, dem Verband [Die Familienunternehmer, ASU](#) und der Politik waren während der Kompromissfindung zur Reform der Erbschaftssteuer 2015 und 2016 offenbar sehr eng. Wie aus einer schriftlichen Anfrage von der Bundestagabgeordnete Lisa Paus (Grüne) an die Bundesregierung hervorgeht, trafen Vertreter der Stiftung Familienunternehmen und des Verbands "Die Familienunternehmen - ASU" zwischen Februar 2015 und Juni 2016 zwölf Mal auf ranghohe Vertreter der Bundesregierung, darunter Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Darunter waren neun Treffen mit der Stiftung Familienunternehmen, drei Treffen mit [Die Familienunternehmer, ASU](#) sowie ein gemeinsames Treffen mit beiden Lobbyverbänden.^[39] Aufgelistet sind fünf Gespräche auf "Leitungsebene" mit dem Bundeskanzleramt, sieben weitere mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Finanzstaatssekretären der Union. Daneben hat es zahlreiche Treffen gegeben, bei denen am Rande "oftmals ein Gedankenaustausch" stattgefunden hat. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) empfing die Lobbyisten sogar in der Staatskanzlei. Auch zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne) gab es gute Kontakte.^{[40][41]}

Laut Süddeutscher Zeitung zahlten 2018 Großerben auf Erbschaften im Gesamtwert von 31 Mrd. Euro nur etwa fünf Prozent Steuer.^[42] Als Großerben werden die gut 600 Deutschen bezeichnet, die 2018 mehr als zehn Mio. Euro erbt oder geschenkt bekamen. Die Auswirkungen der Erbschaftssteuerreform 2016 und die verfassungsrechtlichen Zweifel am ErbStG 2016 werden in einer [Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit, der Bürgerbewegung Finanzwende und taxmenow vom Mai 2023](#) erläutert.

Organisationsstruktur und Personal

Stifter im Sinne der [Satzung](#) ist ihr Gründer [Brun-Hagen Hennerkes](#). Die Adresse in Stuttgart ist zugleich Sitz der Rechtsanwalts- und Steuerkanzlei Hennerkes, Kirchdörfer und Lorz, die auf die Beratung von Großunternehmen und vermögenden Unternehmerfamilien spezialisiert ist.^[43]

Die Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand und das Stiftungskuratorium.

Vorstand und Geschäftsführer

Zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium.

Vorstandsmitglieder sind:

- Rainer Kirchdörfer, Partner der Sozietät Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz in Stuttgart, einer auf die Beratung von Familienunternehmen und Unternehmerfamilien spezialisierten Sozietät, Mitglied zahlreicher Aufsichts- und Beiräte^[44]
- Ulrich Stoll, Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Festo SE & Co. KG in Stuttgart, Mitglied des [Wirtschaftsforums](#) der FDP im Deutschen Bundestag (bis zum Ausscheiden der FDP aus dem Parlament)

Geschäftsführer sind Stefan Heidbreder und David Deißner

Quelle: ^[45]

Kuratorium

Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Stiftungskuratoriums müssen laut Satzung Gesellschafter von Familienunternehmen, deren Ehegatten oder (aktive oder ehemalige) Mitglieder der Geschäftsführung eines Familienunternehmens sein.

Ein genauer Blick in das 42-köpfige Kuratorium der Stiftung gibt einige Hinweise auf die Förderer der Stiftung. Hier sitzt kaum ein Vertreter eines mittelständischen Unternehmens.^[46] Stattdessen sind hier Superreiche wie Johannes Kärcher (Alfred Kärcher), Edwin Kohl (Kohlpharma) oder Nicola Leibinger-Kammüller (Trumpf) vertreten. Weitere Kuratoriumsmitglieder sind Vertreter und Vertreterinnen von Großunternehmen wie Haniel, Henkel, E. Merck und dm, deren Eigentümer-Familien Haniel, Henkel, Merck und Werner selbst zu den reichsten Deutschen zählen. Zu den Kuratoren gehören auch der ehem. FDP-Vorsitzende Christian Lindner, Bundesminister a.D. [Hans-Peter Friedrich](#) (CSU) und [Günther Oettinger](#) (CDU).

Wissenschaftlicher Beirat

Mitglieder sind (Stand: Oktober 2025)^[47]:

- Rainer Kirchdörfer (Vorstand der Stiftung, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats), Partner der auf die Beratung von Familienunternehmen spezialisierten Kanzlei Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz, Honorarprofessor an der Universität Witten/Herdecke
- [Udo di Fabio](#), Direktor für Öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Mitglied des Kuratoriums und Träger des Publizistik-Preises der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Verfasser von Auftragsgutachten für die Stiftung Familienunternehmen, Bundesverfassungsrichter a.D.
- [Clemens Fuest](#), Präsident des [ifo Institut für Wirtschaftsforschung](#), Verfasser der Studie [Zur Debatte über die Einführung einer Nettovermögensteuer in Deutschland 2021](#) für die Stiftung Familienunternehmen
- Gabriel Felbermayr, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung
- Hans-Werner Sinn, Vorsitzender des Ausschusses „Ordnungspolitik und Grundsatzfragen“ der Lobbyorganisation [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), ehem. Präsident des [ifo Institut für Wirtschaftsforschung](#). Bei der Anti-Windkraft-Initiative [Vernunftkraft](#) Thüringen äußerte Sinn im September 2024, die Pläne, auf Wind- und Sonnenstrom zu setzen, sei eine „irrsinnige Utopie“ und „erzwungene Deindustrialisierung“^[48] Dieser wiederholt vertretenen These wird von vielen Wissenschaftlern widersprochen.^{[49][50]} Auch die Studie von Sinn, in der er einen Tesla als klimaschädlicher als einen Diesel-Pkw einstufte, ist von Wissenschaftlern kritisiert worden.^{[51][52]}
- Kay Windthorst, Geschäftsführender Direktor der Forschungsstelle für Familienunternehmen der Universität Bayreuth sowie Vorsitzender des Kuratoriums der Haniel Stiftung und Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrat der Haniel & Cie. GmbH

Förderkreis

Laut [Satzung](#) können natürliche Personen und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die sich zu den Zielen der Stiftung bekennen, in den Förderkreis berufen werden. Die Entscheidung über ihre Berufung in den Förderkreis trifft der Vorstand. Die Mitglieder des Förderkreises dürfen nicht zugleich Mitglieder des Stiftungskuratoriums sein. Der Förderkreis hat folgende Aufgaben:

- Unterstützung des Vorstandes bei der Umsetzung des Stiftungszweckes
- Beratung bei der Findung und bei der Festlegung der vom Vorstand umzusetzenden Zielsetzungen
- Mitwirkung und Unterstützung des Vorstandes bei Kongressen, Veranstaltungen, Schulungen, Diskussionen mit und in politischen Gremien
- Mithilfe bei der Bildung von Netzwerken

Die Mitglieder des Förderkreises leisten jährliche Förderbeiträge an die Stiftung. Das Nähere regelt der Vorstand der Stiftung.

Eine vollständige Liste der rund 600 Förderer:innen ist weder öffentlich zugänglich noch auf Anfrage erhältlich.^[53] Recherchen von Panorama konnten 123 Firmen identifizieren, die ihre Förderschaft bestätigt haben oder bei denen es gravierende Hinweise auf eine Unterstützung gibt und die dies nicht dementiert haben.^[54] Danach gehören zu den Unterstützern in erster Linie Großkonzerne und Superreiche. Als Beispiele werden genannt:

- Schwarz-Gruppe, zu der u.a. Lidl und Kaufland gehören

- Rossmann, einer der größten Drogeriemarkt-Ketten Europas
- Deichmann, Europas größter Schuhhändler
- Würth-Gruppe, weltweiter Marktführer für Montage- und Befestigungsmaterial
- Bertelsmann, Europas größter Medienkonzern

Lediglich zwei Firmen seien kleine und mittlere Unternehmen (KMU), also Firmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 50 Millionen Euro. Das entspreche einem Anteil von 1,6 Prozent. Demnach seien 98,4 Prozent der recherchierten Förderer Großunternehmen, also Firmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 50 Millionen Euro.

Greenpeace hat in einer eingehenden Recherche einen Großteil der Förder:innen ermitteln können.^[55] Eine Liste der Unternehmen, die Greenpeace der Stiftung zugeordnet hat, ist [hier](#) abrufbar. Eine Ergänzung vom 16.10.2025 findet sich [hier](#). Laut Greenpeace gehören 67 Prozent der der Stiftung zugeordneten Unternehmen Wirtschaftszweigen an, deren Klima- und Umweltschädlichkeit aufgrund sehr hoher Treibhausgasemissionen als „äußerst kritisch“ zu beurteilen ist.^[56]

Finanzen

Die Umsatzerlöse der Stiftung Familienunternehmen sind nicht bekannt. Auf ihrer Webseite wirbt sie für finanzielle Unterstützung - von einmaligen Zustiftungen bis hin zu jährlichen Zuwendungen.^[57] Aus Gesprächen mit Insider:innen und internen Dokumenten hat Greenpeace erfahren, dass die jährliche Mindestspende für Förderer:innen bei 13.000 Euro pro Jahr liegt.^[58] Die Spendenbeträge werden danach für jedes fördernde Unternehmen individuell festgelegt. Zusätzlich gebe es die Möglichkeit einmaliger Förderbeiträge. Von den Fördersummen würden beispielsweise die Gehälter der 25 Stiftungsmitarbeitenden gezahlt, Auftragsstudien vergeben, das Doktorand:innenprogramm der Stiftung finanziert, und wissenschaftliche Institute finanziell unterstützt, die gezielt zum Familienunternehmertum forschen.

Die Stiftung Familienunternehmen und Politik finanziert sich laut Greenpeace^[59] hingegen nicht über Spenden, sondern über Dienstleistungsverträge mit Unternehmen. Diese würden individuell verhandelt, hätten aber ebenfalls einen Mindestumfang von 13.000 Euro pro Jahr. Die im Vertrag aufgeführten Hauptleistungen der Stiftung Familienunternehmen und Politik umfassten die strategische Positionierung der Interessen von Familienunternehmen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Laut [Gewinn- und Verlustrechnung der Stiftung Familienunternehmen und Politik 2024](#) erzielte die Stiftung Familienunternehmen und Politik, deren Stiftungskapital 200 Tsd. Euro beträgt, 2024 Umsatzerlöse in Höhe von ca. 3,4 Mio. Euro.

Weitere Informationen

- [„Stiftung Familienunternehmen“ Lobby für Superreiche, tagesschau vom 25.09.2025](#)
- [Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025](#)
- [Reschke Fernsehen: Die Macht der Superreichen, 31.07.2025](#)
- [Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer, 17.09.2025](#)
- [Die Lobby der Superreichen: Gegen die Besteuerung von Reichtum, 17.02.2025](#)
- [Stellungnahme von Netzwerk Steuergerechtigkeit, Finanzwende und taxmenow an das Bundesverfassungsgericht im Rahmen der Verfassungsbeschwerde gegen das Erbschaftsteuer- und Schenkungsgesetz 2016 - Mai 2023](#)

- [Zeitenwende heißt: Steuerprivilegien für Superreiche kippen! Aktion beim Tag des deutschen Familienunternehmens, Finanzwende vom 01.07.2022](#)
- [Erbschaftsteuer – Die Lobby hat Erstaunliches erreicht, Süddeutsche Zeitung vom 10.06.2016](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Der Transparenz verpflichtet](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
2. ↑ [Presseinformation vom 07.06.2021](#), abgerufen am 01.10.2021
3. ↑ [Presseinformation vom 07.06.2021](#), abgerufen am 01.10.2021
4. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
5. ↑ [Definition von Familienunternehmen](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 31.10.2025
6. ↑ [Das kann weg - Ideen für Bürokratieabbau](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 09.05.2025
7. ↑ [Das kann weg!](#), business-punk.com vom 13.03.2025, abgerufen am 09.05.2025
8. ↑ [Weimer Media Group](#), weimermedia.de, abgerufen am 09.05.2025
9. ↑ [Professor Brun-Hagen Hennerkes Uni Witten-Herdecke](#), abgerufen am 15.05.2017)
10. ↑ [Publikationen/Studien Website Stiftung Familienunternehmen](#), abgerufen am 15.05.2017
11. ↑ [Standortfaktor Körperschaftsteuer Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024](#), abgerufen am 04.04.2024
12. ↑ [Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland](#), Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 09.04.2024
13. ↑ [Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland](#), Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 09.04.2024
14. ↑ [Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern](#), Website DIW von 2021, abgerufen am 09.04.2024
15. ↑ [Deutschland braucht keine angebotspolitische Zeitenwende](#), Website WSI von 2023, abgerufen am 09.04.2024
16. ↑ [Der Lobby-Einfluss der sogenannten Familienunternehmer](#), finanzwende.de vom 10.09.2024, abgerufen am 14.09.2024
17. ↑ [Der Lobby-Einfluss der sogenannten Familienunternehmer](#), finanzwende.de vom 10.09.2024, abgerufen am 14.09.2024
18. ↑ [Verfassungswidrig ungerecht: Drei Gründe für eine Erbschaftsteuer ohne Privilegien für Superreiche](#), finanzwende.de vom 04.11.2022
19. ↑ [Grüne Bundestagsfraktion verteidigt Erbschaftsteuer](#), gruene-bundestag.de vom 25.07.2025, abgerufen am 20.10.2025
20. ↑ [Reichster Deutscher nun knapp drei Milliarden reicher](#), zdfheute.de vom 08.10.2025
21. ↑ [Erbschaftsteuer nach Söder-Vorschlag: Tabelle zeigt Kosten für Erben](#), merkur.de vom 11.09.2025, abgerufen am 20.10.2025

22. ↑ [Spahn kritisiert Ungleichheit - und erntet Beifall](#), tagesschau.de vom 12.09.2025, abgerufen am 21.12.2025
23. ↑ [Erbschaft- und Vermögensteuer in den Wahlprogrammen](#), iwkoeln.de, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ [Pressemitteilung](#), sachverstaendigenrat-wirtschaft.de, abgerufen am 13.11.2025
25. ↑ [Jahresgutachten 2025, Ziffer 433](#), sachverstaendigenrat-wirtschaft.de, abgerufen am 13.11.2025
26. ↑ [Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer](#), finanzwende.de vom 17.09.2025, abgerufen am 20.10.2025
27. ↑ [Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer](#) Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
28. ↑ [Erbschaftsteuer- Das mittelstandsfeindliche Monster](#), Süddeutsche Zeitung, abgerufen am 15.05.2017
29. ↑ [Appell des Mittelstandes- Protestwelle gegen neue Erbschaftssteuer rollt](#), Handelsblatt, abgerufen am 15.05.2017
30. ↑ [Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer](#), Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
31. ↑ [Christoph Butterwegge: Ein Lehrstück des Lobbyismus](#), taz online vom 24.09.2015, abgerufen am 15.05.2017
32. ↑ [Familienunternehmen gewinnen Lobbyenschlacht um die Erbschaftsteuer](#), sz.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
33. ↑ [Videokommentar zur Erbschaftsteuerreform: "Ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer"](#), spiegel.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
34. ↑ [Keine Einigung in Berlin Erbschaftsteuer wieder in Karlsruhe](#), tagesschau.de vom 14.07.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
35. ↑ [Nach Ablauf der in Sachen „Erbschaftsteuer“ gesetzten Frist zur Neuregelung soll das Normenkontrollverfahren erneut auf die Tagesordnung](#), Bundesverfassungsgericht: Pressemitteilung Nr. 41/2016 vom 14.06.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
36. ↑ [Erbschaftsteuer-Reform 2016: Eine Aktualisierung der Fallbeispiele nach dem Kompromiss im Vermittlungsausschuss. Kurzexpertise](#), Webseite von Campact, 11.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
37. ↑ [Kommentar Grüne und Erbschaftsteuer: Eine gefährliche Blamage](#), die taz, 14.10.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
38. ↑ [Ex-Finanzrichter zur Erbschaftsteuer: Reform packt Grundprobleme nicht an](#), Stuttgarter Nachrichten, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
39. ↑ [<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/097/1809729.pdf> Bundestagsdrucksache 10/9729 sowie Personalien Eifrige Lobbyisten, Süddeutsche Zeitung vom 24./25.09.2016, S. 26
40. ↑ [Pressemeldung der Süddeutschen Zeitung](#), Das Presseportal, 18.04.2013, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
41. ↑ [Letzter Akt Erbschaftssteuer: Kretschmann und die Lobby der Vermögenden](#), LobbyControl, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
42. ↑ [Wer viel erbt, zahlt kaum Steuern](#), sueddeutsche.de vom 02.12.2019, abgerufen am 07.12.2019
43. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
44. ↑ [Prof. Rainer Kirchdörfer](#), hennerkes.de, abgerufen am 24.10.2025
45. ↑ [Vorstand & Geschäftsführung](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 26.01.2025
46. ↑ [Kuratorium](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
47. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
48. ↑ [Vortrag Prof. Dr. Hans-Werner Sinn](#), thlemv.de vom 27.09.2024, abgerufen am 25.01.2025

49. ↑ [Wie Hans-Werner Sinns alte These, dass die Klimapolitik schlecht fürs Klima ist, immer neue Ehrenrunden dreht](#), [ubermedien.de](#) vom 05.08.2023, abgerufen am 25.01.2025
50. ↑ [Kommentar zu Hans-Werner Sinn sowie die Erwiderung von Sinn, in: Jahrbuch Ökologische Ökonomik](#), [claudiakemfert.de](#), abgerufen am 26.01.2025
51. ↑ [Wissenschaftler kritisieren Studie scharf](#), [wiwo.de](#) vom 08.05.2019, abgerufen am 26.01.2025
52. ↑ [Was Hans-Werner Sinn bei seiner Elektroauto-Studie übersehen hat](#), [wiwo.de](#) vom 19.04.2019, abgerufen am 26.01.2025
53. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], [greenpeace.de](#), abgerufen am 21.10.2025
54. ↑ [Lobby für Superreiche?](#), [tagesschau.de](#) vom 25.09.2025, abgerufen am 19.10.2025
55. ↑ [Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert](#), Greenpeace September 2025, [greenpeace.de](#), abgerufen am 21.10.2025
56. ↑ [Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert](#), Greenpeace September 2025, [greenpeace.de](#), abgerufen am 21.10.2025
57. ↑ [Förderer werden](#), [familienunternehmen.de](#), abgerufen am 22.20.2025
58. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], [greenpeace.de](#), abgerufen am 21.10.2025
59. ↑ [Förderer werden](#), [familienunternehmen.de](#), abgerufen am 22.20.2025

Die Familienunternehmer - ASU

Weiterleitung nach:

- [Die Familienunternehmer](#)

Günther Oettinger

Günther Oettinger (* 15. Oktober 1953 in Stuttgart), CDU-Politiker und seit 2019 Lobbyist, war bis 2019 EU-Kommissar für Haushalt und davor Kommissar für Digitalwirtschaft (2017-2019) sowie EU-Kommissar für Energie (2010-2014).

Für die Beratertätigkeit nach dem Ende seiner EU-Amtszeit im November 2019 hat er die Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung gegründet.^[1] Nach seinem Ausscheiden aus der EU-Kommission hat Oettinger über ein Dutzend neue Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere in Gremien von Unternehmen und wirtschaftsnahen Denkfabriken.^[2] Seit 2020 ist er Präsident des lobbynahen Vereins [United Europe](#), dessen Vorstand auch [Friedrich Merz](#) angehört. Oettinger verfügt immer noch über

exzellente Beziehungen zur Europäischen Kommission. So finden Veranstaltungen von [United Europe](#) in der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin unter Mitwirkung ihrer Repräsentanten statt.^{[3][4]} Veranstaltungsort ist auch die Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU, deren Leiter Bodo Lehmann, Vorstandsmitglied des CDU-Landesverbands Brüssel, seit 2010 in der Europäischen Kommission im Kabinett von Kommissar Oettinger (CDU) tätig war.^{[5][6][7]} Am 10. September 2024 betreute er einen „Flagshiperevent“ der Schwarz Gruppe in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg in Brüssel^[8]

Inhaltsverzeichnis

1 Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung	15
2 Karriere	16
3 Verbindungen und Netzwerke	16
3.1 Genehmigte Nachfolgebeschäftigungen	16
3.2 Weitere Verbindungen	17
3.3 Kommissar der Konzerne	17
3.4 Oettingers Europaforum Lech	17
3.5 Die Oettinger-Gruppe	18
4 Fallbeispiele und Kritik	18
4.1 2016: Vorwürfe wegen eines Freiflugs mit einem Lobbyisten	18
4.2 2014: Verschlechterung der Kundenrechte bei der Telekommunikation	19
4.3 2013: Geschönter Bericht über Subventionen im EU-Energiemarkt	19
4.4 2012: Berücksichtigung der Interessen von VW bei der CO2-Politik	19
5 Weiterführende Informationen	19
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	19
7 Einzelnachweise	20

Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung

Nach Beendigung seiner Tätigkeit als EU-Kommissar hat Oettinger gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin Friederike Beyer die Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung GmbH, mit Sitz in Hamburg gegründet (AG Hamburg HRB 158209). Oettinger und Beyer sind Geschäftsführer der GmbH und an deren Stammkapital in Höhe von 100 Tsd. Euro mit je 50 % beteiligt.

[Oettinger Consult](#) beschreibt sich auf ihrer Webseite als eine mittelständische Unternehmensberatung mit den Schwerpunkten Marketingberatung, Performance Marketing (SEO, SEM, Affiliation, etc) und Gründerberatung. Neben der Beratungsdienstleistung für Konzerne und Großunternehmen habe Oettinger eine Spezialabteilung innerhalb von Oettinger Consulting geschaffen, die sich ausschließlich mit dem Thema Fördermittelbeschaffung und Gründercoaching beschäftigt.

Als Kunden von Oettnger werden genannt: Societe Generale, E-Plus, Betfair, ABN-Amro, fimatex, Veritas, Onvista, WWK, Boursorama, SEAT, BILD, CortalConsors, MSN, FAZ, SAT1, WEB.DE, Tomorrow Focus, N24, T-Online, DieJugendherbergen.de, Creditweb, Inuvet, Blanchet, Malindo, Rotkäppchen, Evonik, Bayer 04 Leverkusen. Die Partner sind [hier](#) abrufbar.

Laut [Lobbyregister](#) ist die Beratungstätigkeit eine interne Beratung gegenüber leitenden Mitarbeitern der Mandanten. Aus dieser internen Beratung könne sich punktuell Gesprächsbedarf gegenüber Mitgliedern des Deutschen Bundestages, gegenüber deren Mitarbeitern und gegenüber Mitgliedern der Bundesregierung sowie deren Mitarbeitern zum Zwecke der Einholung von Informationen und zum Gedankenaustausch ergeben.

Karriere

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)
- seit 2021 Präsident der [EBS Universität für Wirtschaft und Recht](#)
- seit 2020 Präsident von [United Europe](#) e.V.
- 2019 Gründung der Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung GmbH
- 01/2017-11/2019 **EU-Kommissar für Haushalt und Personal**
- 10/2014-12/2016 EU-Kommissar für Digitalwirtschaft
- 02/2010-10/2014 EU-Kommissar für Energie
- 2005–2010 **Ministerpräsident von Baden-Württemberg**
- 2005–2009 Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg
- 2001–2005 Bezirksvorsitzender der CDU Nordwürttemberg
- 1991–2005 Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag von Baden-Württemberg
- seit 1988 Mitinhaber der [Oettinger-Gruppe](#) in Ditzingen
- 1984–2010 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
- 1980–1994 Stadtrat in Ditzingen
- seit 1974 Mitglied der CDU
- 1971-1982 Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft an der Universität Tübingen

Quelle:^[9]

Verbindungen und Netzwerke

Genehmigte Nachfolgebeschäftigungen

Von der EU-Kommission sind die folgenden Nachfolgebeschäftigungen genehmigt worden:

- EBS Universität für Wirtschaft und Recht: Präsident
- The European Partnership for an Innovative Campus Unifying Regions Alliance (EPICUR): Beirat
- Arbeit als Rechtsanwalt
- HAM-LOG Gruppe: Beirat
- Amundi (Asset Management): Aufsichtsrat
- CG Elementum AG: Aufsichtsrat
- London Speakers Bureau: Speaker
- [Stiftung Ordnungspolitik](#): Kuratorium

- [Centrum für Europäische Politik](#): Kuratorium
- [United Europe](#): Präsident
- [DGAP](#): Mitglied des „Steering Committee“
- Landesmuseum Württemberg: Beirat
- Herrenknecht AG: Aufsichtsrat
- [Deloitte Deutschland GmbH](#): Beirat
- [Kekst CNC](#): Global Advisory Board
- Privatbank Donner & Reuschel (Signal Iduna Versicherungskonzern): Beiratsvorsitzender

Quelle: ^[10]^[11]^[12]

Weitere Verbindungen

- Senator der Lobbyorganisation EWiF/[Wir Eigentümerunternehmer](#)^[13]
- Mitglied des Beirats der Gröner Group GmbH^[14] und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gröner Group AG (Vorstandsvorsitzender: [Christoph Gröner](#))^[15], die im Juni 2024 in die Gröner Group GmbH umgewandelt worden ist
- Aufsichtsratsvorsitzender der CGRE AG^[16]
- Berater des Onlinehändlers Shein.^[17] Im Februar 2026 hat die EU-Kommission ein Verfahren auf der Grundlage des Digital Services Act (DSA) gegen Shein eingeleitet.^[18] Es geht um den Verdacht, nicht genug gegen den Vertrieb illegaler Produkte zu tun und den Verbraucherschutz zu vernachlässigen
- ehem. (ehrenamtlich beratendes) Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), einer Lobbyorganisation unionsnaher Unternehmer^[19]

Kommissar der Konzerne

2016 fanden über 90 Prozent von Oettingers Treffen als EU-Kommissar mit Wirtschaftsvertretern statt. Kein EU-KommissarIn weist einen höheren Wert aus, wie eine Auswertung der Webseite [EU Integrity Watch](#) ergibt.^[20]

Oettingers Europaforum Lech

Schon als EU-Kommissar lud Günter Oettinger jährlich eine handverlesene Liste von Vertretern der Wirtschaft in den exklusiven Wintersportort Lech/Österreich zum „Europaforum Lech“. Organisiert wurde die Veranstaltung hauptsächlich von Oettingers Generaldirektion. 2016 jährte sich das Event zum 5. Mal. Der Mini-Gipfel besteht aus Reden, Podiumsdiskussionen – und zahllosen Möglichkeiten, Oettinger oder einen der anderen hochrangigen EU-Beamten zu einem persönlichen Gespräch zur Seite zu nehmen.

2016 nahmen vor allem Führungskräfte der Kommunikations- und IT-Branche wie Vodafone-Chef Hannes Ametsreiter, Gavin Petterson, CEO von British Telecommunication, oder der [Google](#)-Chef für strategische Beziehungen für Europa teil. Von Seiten der EU waren unter anderem Giovanni Buttarelli, EU-Datenschutz-Bbeauftragter, oder Wilhelm Molterer, der Geschäftsführer des Europäischen Fonds für strategische Investitionen, anwesend. Insgesamt zeigt die Teilnehmer/-innen-Liste 62 Vertreter/innen aus der Wirtschaft, 5 Politiker und etwa 12 hochrangige EU-Vertreter/-innen, so wie 4 Vertreter aus dem akademischen Bereich.

Recherchen des Journalisten Sascha Adamek belegen, dass die Gemeinde Lech, die Teile des Europaforums mit organisierte, für 2012 und 2013 das österreichische Energie- und Gasunternehmen OMV als Sponsor gewinnen konnte. Damals war Oettinger Energiekommissar – und OMV an 2 Projekten interessiert, die in Oettingers Verantwortung als Energiekommissar fielen: die Nabucco-Pipeline und die Southstream-Pipeline. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich ein Unternehmen über Sponsoring-Aktivitäten Zugang zu einem zentralen Entscheidungsträger verschafft.^[20]

Nach seinem Ausscheiden als EU Kommissar wurde Oettinger 2020 Präsident des Vereins [United Europe](#), der seitdem das Europaforum Lech - gemeinsam mit der Gemeinde Lech - organisiert.^[21] Oettinger blieb Patron der Veranstaltungsreihe. Im Vorstand von United Europe sitzt auch der CDU-Vorsitzende und Kanzlerkandidat [Friedrich Merz](#).^[22] Auf den Gästelisten der Veranstaltungen des Forum stehen fast ausschließlich Unternehmen und deren Lobbyisten.^{[23][24]} Diese erhalten über die Veranstaltungen einen exklusiven Zugang zu hochrangigen Vertretern der EU Kommission und Politikern, die ebenfalls an den Veranstaltungen teilnehmen. Eine Liste der Teilnehmer des Europa Forum Lech 2019 ist [hier](#) abrufbar. Neuere Listen der Teilnehmer sind nicht öffentlich zugänglich. Eine Teilnahme ist nur mit persönlicher Einladung möglich.^[25]

Die Oettinger-Gruppe

Der damalige Ministerpräsident Oettinger war im Jahr 2008 zu 25% Mitinhaber der Oettinger-Gruppe, einer Wirtschaftsprüfung, Treuhand-, Revisions- und Unternehmensberatungsgesellschaft in Ditzingen. Gesellschafter der Oettinger-Gruppe ist der Sparkassenverband Baden-Württemberg. Dessen Präsident, Peter Schneider, ist Vorsitzender des Beirats der Oettinger-Gruppe.^[26]

Problematisch ist diese Verbindung, weil der Ministerpräsident einer Landesregierung vorsteht, die den Sparkassenverband beaufsichtigt, der wiederum an seinem Unternehmen beteiligt ist. Andreas Müller schreibt in der Stuttgarter Zeitung über diese Verbindungen der Oettinger-Gruppe^[27]: *„Entsprechend überrascht reagierten branchenkundige Politiker und Wirtschaftsleute, als die Stuttgarter Zeitung sie auf die Verbindung ansprach. Politisch sei die Oettinger-Gruppe bekanntermaßen "gut vernetzt", aber nein, davon habe man noch nie gehört. Wozu solle sich der Sparkassenverband, der für seine 55 Institute selbst eine große Prüfungsabteilung unterhält, an einer Prüfungsgesellschaft beteiligen? Das könne man sich "eigentlich nicht vorstellen", lautete sogar bei der Wirtschaftsprüferkammer in Berlin die erste Reaktion. Nach der Berufsordnung seien solche Beteiligungen von Nichtprüfern seit 1986 nicht mehr zulässig; nur für "Altfälle" gebe es Bestandsschutz.“* *„Um einen solchen Altfall geht es in der Tat – so alt, dass sich Hans-Joachim Oettinger zunächst nur vage erinnerte. Die Beteiligung stamme wohl aus den 60er Jahren, die Motive dafür müsse man erst im Firmenarchiv recherchieren.“*

Fallbeispiele und Kritik

2016: Vorwürfe wegen eines Freiflugs mit einem Lobbyisten

Im November 2016 ist gegen Oettinger der Vorwurf erhoben worden, im Privatflugzeug des Lobbyisten Klaus Mangold nach Ungarn zu einem Treffen mit Viktor Orban geflogen zu sein, ohne für den Flug zu bezahlen.^[28] Mangold, ehem. [Daimler](#)-Manager und ehem. Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, ist Honorarkonsul der Russischen Föderation für Baden-Württemberg und Inhaber der Internationalen Wirtschaftsberatungsgesellschaft mbH (IWB).^[29] Diese bietet auf ihrer Webseite die Kontaktvermittlung zu

Einrichtungen der öffentlichen Hand in Russland, GUS, Mittel- und Osteuropa an.^[30] Nach Auffassung von Transparency International könnte Oettinger gegen den Verhaltenskodex für EU-Kommissare verstoßen haben, der vorsieht, dass Geschenke im Wert von mehr als 150 Euro veröffentlicht werden müssen.^[31] Der geldwerte Vorteil des Freiflugs werde im Öffentlichen Register der Geschenke an Kommissionsmitglieder jedoch nicht erwähnt.

2014: Verschlechterung der Kundenrechte bei der Telekommunikation

Kurz nach der Übernahme des Amts als "EU-Digitalkommissar" setzte sich Oettinger für eine deutliche Verlängerung der Kündigungsfristen bei DSL-Anschlüssen ein. Das Manager Magazin zeigte in einem Artikel, dass er damit den Lobbyeinflüssen großer Konzerne nachgegeben hat.^[32]

2013: Geschönter Bericht über Subventionen im EU-Energiemarkt

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) hat EU-Kommissar Oettinger Angaben aus dem Entwurf eines Subventionsberichts streichen lassen, die seiner These widersprechen, erneuerbare Energien würden viel zu hoch gefördert. Die zuständigen Beamten kamen zu dem Ergebnis, dass nicht erneuerbare Energien das meiste Geld erhalten, sondern Kohle- und Gaskraftwerke sowie die Atombranche. Insgesamt bezuschussten die Regierungen der EU die Energiebranche mit mehr als 130 Mrd. Euro jährlich (ohne Haftpflichtversicherungen für Atommeiler). Davon gingen nur 30 Mrd. Euro an grüne Kraftwerke. Im finalen Bericht sind die Zahlen durchgestrichen. Oettingers Sprecherin erklärte, in keinem Dokument seien derlei Details aufgeführt, was nach Auffassung der SZ nicht zutrifft. Dieser liegen zwei Entwürfe vor - und zwar im Korrekturmodus, in dem die Änderungen rot markiert sind.

Quelle: ^[33]

2012: Berücksichtigung der Interessen von VW bei der CO2-Politik

Im Oktober 2012 wurde bekannt, dass Oettinger sich in seinem Amt als EU-Energiekommissar für die Interessen des Autokonzerns **VW** engagierte. Laut ZEIT soll sich Oettinger auf Bitte des VW-Chefs Martin Winterkorn, gegen die Einführung einer festen CO2-Obergrenze ab dem Jahre 2020 eingesetzt haben. Der VW Chef hatte sich einige Tage vor der diesbezüglichen Verhandlung der EU-Kommission am 11. Juli 2012 an Oettinger gerichtet, um die Interessen VWs in den Beratungen zu wahren. Im Antwortschreiben Oettingers gibt der Energiekommissar an, das Anliegen Bitterkorns berücksichtigt zu haben.^[34] In dem Brief schreibt Oettinger, durch sein Engagement könnten "die Diskussion über unsere CO2-Politik für Pkws nach 2020 ergebnisoffen geführt werden".^[35] Auf diese Weise trug Oettinger maßgeblich zu einer Entschärfung der CO2-Richtlinien für Pkws auf europäischer Ebene bei.

Weiterführende Informationen

- [Günther Oettinger: Europe's Mr. Revolving Door, April 2022](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Oettinger will Politikberater werden](#), politik-kommunikation.de vom 09.08.2019, abgerufen am 17.08.2019
2. ↑ [Günther Oettinger nimmt mehrere Lobby-Jobs an](#), spiegel.de vom 29.11.2020
3. ↑ [Rückblick auf United Europes CEO-Roundtable und Working Dinner](#), united-europe.eu vom 30.03.2023, abgerufen am 25.09.2024
4. ↑ [Panel-Diskussion im Europäischen Haus, Berlin](#), united-europe.eu vom 11.04.2023
5. ↑ [Bodo Lehmann leitet ab April Landesvertretung in Brüssel](#), baden-wuerttemberg.de vom 26.01.2018, abgerufen am 25.09.2024
6. ↑ [Panel-Diskussion in Brüssel: Die Europäische Union vor den Wahlen 2024 - Eine Agenda 2020 für Europa](#), united-europe.eu vom 25.09.2023, abgerufen am 25.09.2024
7. ↑ [CDU-Verband Brüssel](#), cdu-bruessel.org, abgerufen am 25.09.2024
8. ↑ [EU Transparenz Register](#), transparency-register.de, abgerufen am 02.10.2024
9. ↑ [Günther H. Oettinger](#), ec.europa.eu, abgerufen am 19.08.2019
10. ↑ [Spitzenreiter bei den Nachfolgebeschäftigungen von ehemaligen EU-Kommissaren](#), gruene-jork.de, abgerufen am 06.12.2020
11. ↑ [EU-Kommission genehmigt 13. Anschließposten für Oettinger](#), wiwo.de vom 04.03.2021, abgerufen am 20.03.2021
12. ↑ [Former European Commissioners' authorised occupations](#), commission.europa.eu, abgerufen am 20.09.2024
13. ↑ [Senatoren der Politik](#), wir-eigentuemerunternehmer.de, abgerufen am 17.08.2024
14. ↑ [Beiräte der Gröner Group GmbH](#), cg-elementum.de, abgerufen am 05.11.2024
15. ↑ [Günther H. Oettinger ist neuer Aufsichtsratsvorsitzender der Gröner Group AG](#), groener-group.de vom 06.11.2023, abgerufen am 17.08.2024
16. ↑ [Investorenmitteilung vom 19.04.2024](#), cgre.ag, abgerufen am 05.11.2024
17. ↑ [Ex-EU-Kommissar Günther Oettinger berät jetzt Shein](#), caital.de vom 14.08.2024, abgerufen am 16.08.2024
18. ↑ [EU-Kommission eröffnet offizielles Verfahren gegen Shein](#), zdfheute.de vom 17.02.2026, abgerufen am 18.02.2026
19. ↑ [Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de, abgerufen am 04.02.2022
20. ↑ ^{20,020,1} [Günther Oettinger: Kommissar der Konzerne LobbyControl](#) vom 5. Januar 2017, abgerufen am 08.01.2017
21. ↑ [Sicherheit und Stabilität im Fokus](#), presse.voralberg.at vom 04.04.2024, abgerufen am 22.09.2024
22. ↑ [Vorstand](#), united-europe.eu, abgerufen am 23.09.2024
23. ↑ [Oettingers Mini-Davos 2018](#), lobbycontrol.de vom 11.04.2018, abgerufen am 22.09.2024
24. ↑ [Exklusivgipfel statt Ausgewogenheit: Oettingers Mini-Davos am Arlberg](#), lobbycontrol.de vom 19.04.2017, abgerufen am 23.09.2024
25. ↑ [Europa Forum Lech 03. April bis 05. April 2024](#), united-europe.eu, abgerufen am 23.09.2024
26. ↑ [Das Stuttgart 21-Kartell](#), kopfbahnhof-21.de, aufgerufen am 29.04.2014.
27. ↑ [Gut vernetzt: Alte Bande zwischen den Sparkassen und Oettingers](#), Stuttgarter Zeitung vom 30.05.2008, aufgerufen am 21. Oktober 2010.
28. ↑ [Oettinger flog gratis in „Mr. Russlands“ Privatjet](#), spiegel.de vom 16.11.2016, abgerufen am 17.11.2016
29. ↑ [Mister Russland der deutschen Wirtschaft](#), faz.net vom 07.02.2016
30. ↑ [Realisierung von Geschäfts- und Vertriebskooperationen sowie Businessprojekten zwischen Unternehmen in Mittel- und Osteuropa, Russland und GUS](#), iwconsult.com, abgerufen am 17.11.2016

31. ↑ [Oettinger flog gratis in „Mr. Russlands“ Privatjet](#), spiegel.de vom 16.11.2016, abgerufen am 17.11.2016
32. ↑ [Lobbyismus-Verdacht: Günther Oettinger, der aufgescheuchte Kommissar der Unternehmen](#), Manager Magazin, 19. November 2014, zuletzt aufgerufen am 19.11.2014
33. ↑ [Genios Presse-Archiv](#) Schön, schöner, geschönt EU-Kommissar Oettinger streicht Zahlen aus Subventionsbericht], Süddeutsche Zeitung vom 14. Oktober 2013, S. 1, abrufbar über [Genios Presse-Archiv](#)
34. ↑ [CO2-Grenze: Oettinger kümmert sich um VW Interessen](#),www.Zeit.de, aufgerufen am 26.10.12
35. ↑ [Oettinger, Freund der Autoindustrie](#), www.sueddeutsche.de, aufgerufen am 26.10.12

Udo di Fabio

Udo di Fabio (*26. März 1954 in Walsum), ehemaliger Richter des Bundesverfassungsgerichts, Professor am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn und Direktor des Forschungkollegs normative Gesellschaftsgrundlagen (FnG), ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [Stiftung Familienunternehmen](#), für die er auch Gutachten erstellt. Von der Arbeitgeber-Lobbyorganisation [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) ist er 2005 als "Reformer des Jahres" ausgezeichnet worden. Die Laudatio hielt Vorjahressieger [Friedrich Merz](#).^[1] Weiterhin ist er Mitglied des Kuratoriums und Träger des Publizistik-Preises 2015 der neoliberalen [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#).

Di Fabio war bis Dezember 2011 Richter des Bundesverfassungsgerichts. Bereits am 31. Oktober 2012 wurde sein Gutachten für den Deutschen Beamtenbund (DBB) zum Streikverbot für Beamte der Öffentlichkeit präsentiert.^[2] Seit 2017 gibt es [Verhaltensleitlinien für Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts](#), in denen es unter „Verhalten nach dem Ende der Amtszeit“ heißt: „Die Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts übernehmen in Sachgebieten ihres Dezernats in dem ersten Jahr nach ihrem Ausscheiden keine Beratungstätigkeit, erstatten keine Gutachten und treten nicht vor Gericht auf. Auch danach vertreten sie nicht vor dem Bundesverfassungsgericht. Sie vermeiden den Eindruck einer unangemessenen Verwertung internen Wissens“.

Nach seinem Ausscheiden als Richter des Bundesverfassungsgerichts hat di Fabio Gutachten für Wirtschaftsverbände erstellt, in denen Gesetzesvorhaben, die den Interessen der betroffenen Verbände widersprachen, als verfassungswidrig oder verfassungsmäßig bedenklich qualifiziert wurden. Di Fabio gehörte zu den Bundesverfassungsrichtern, die 2007 Regelungen zur Offenlegung von Einkünften von Abgeordneten für verfassungswidrig hielten. Einer der Kläger war [Friedrich Merz](#).

Inhaltsverzeichnis

1 Stimmverhalten von di Fabio bei der Klage von Abgeordneten gegen Offenlegung von Einkünften	22
2 Tätigkeit als Gutachter	22
3 Karriere	22
4 Verbindungen und Netzwerke	23
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	23
6 Einzelnachweise	23

Stimmverhalten von di Fabio bei der Klage von Abgeordneten gegen Offenlegung von Einkünften

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat mit Urteil vom 4. Juli 2007 die Anträge von neun Bundestagsabgeordneten, zu denen u.a. [Friedrich Merz](#) gehörte, zurückgewiesen. Diese hatten sich im Wege der Organklage gegen § 44a Abs. 1 Abgeordnetengesetz, wonach die Ausübung des Mandats im Mittelpunkt der Tätigkeit eines Mitglieds des Deutschen Bundestages steht, sowie gegen die Verpflichtung zur Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte gewandt. Nach Auffassung von vier Richtern waren die Regelungen nicht zu beanstanden. Nach Auffassung der anderen vier Richter, darunter di Fabio, war die Mittelpunkregelung nur in der gebotenen verfassungskonformen Auslegung mit Grundgesetz vereinbar. Diese 4 Richter hielten auch die Regelungen über die Anzeigepflicht für grundgesetzwidrig.

Quelle: ^[3]

Tätigkeit als Gutachter

Di Fabio hat in den letzten Jahren eine Vielzahl von Gutachten erstellt. Beispiele für Gutachten für Wirtschaftsverbände sind:

- Lebensmittelverband Deutschland: [Staatliche Ernährungspolitik und Verfassung - 2021](#)
- bpa Arbeitgeberverband: [Erstreckung von Tarifvertragsnormen in der Pflege - 2019](#)
- Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA): [Gutachten zum Rx-Versandverbot- 2018](#)
- Verband Deutscher Privatschulverbände: [Gutachten Staatliche Infrastrukturverantwortung - 2018](#)
- [Stiftung Familienunternehmen: Die Reform der Erbschaftssteuer - 2015](#)
- Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger: [Mindestlohn bei Zeitungszustellern Eingriff in Pressefreiheit - 2014](#)
- [Stiftung Familienunternehmen: Leitplanken für eine stabile Wirtschafts- und Währungsunion - 2013](#)
- Verband der deutschen Rauchtobakindustrie (VdR): [Gutachten zur EU-Tabakproduktrichtlinie - 2013](#)

In einem Gutachten im Auftrag des Freistaates Bayern vom Januar 2016 bestätigt di Fabio, dass die angedrohte Verfassungsklage des Freistaates gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung juristisch berechtigt sei.^{[4][5]}

Karriere

- 2012 Inhaber der Frank-Loeb-Professur an der Universität Koblenz-Landau
- 2011 Inhaber der Mercator-Professur an der Universität Duisburg-Essen
- seit 2003 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bonn (C4)
- 1999 - 2011 Richter des Bundesverfassungsgerichts (Zweiter Senat)
- 1997 Professor für Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte an der Universität München (C4)
- 1994 - 1997 Direktor des Instituts für Umwelt- und Technikrecht an der Universität Trier
- 1993 Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Trier (C4)
- 1993 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Münster (C3)
- 1993 Habilitation (Bonn)
- 1990 - 1993 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn
- 1990 Promotion Sozialwissenschaft (Duisburg)

- 1986 - 1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn
- 1987 Promotion Rechtswissenschaften (Bonn)
- 1985 - 1986 Richter beim Sozialgericht Duisburg
- 1985 Zweites Juristisches Examen (Düsseldorf)
- 1982 Erstes Juristisches Examen (Hamm)

Quelle: ^[6]

Verbindungen und Netzwerke

- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums und Träger des Publizistik-Preises 2015
- [Centrum für Europäische Politik](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Stiftung Wissenschaft und Politik](#), Mitglied des Stiftungsrats
- [Deutsche Telekom Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Stiftung Familienunternehmen](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Vodafone Stiftung](#), Mitglied des Beirats
- [Freshfields Bruckhaus Deringer](#), Vorsitzender des [Ethikkomitees](#)
- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Vortrag: Gelenkte Marktwirtschaft: Vision oder Gefahr? 2018
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Redner bei der VII. Ludwig-Erhard-Lecture am 14. Oktober 2013
- [Walter Eucken Institut](#), Redner bei der Hayek-Vorlesung 2013
- [Hanns Martin Schleyer-Stiftung](#), Träger des Hanns Martin Schleyer-Preises 2015
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#) und Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Auszeichnung "Reformer des Jahres" (2005) für sein Buch "Die Kultur der Freiheit"

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Jury und FAS-Leser küren "Reformer des Jahres 2005": Verfassungsrichter Udo Di Fabio ist "Reformer des Jahres 2005"](#), presseportal.de vom 27.11.2005, abgerufen am 21.08.2021
2. ↑ [Di Fabio-Gutachten bestätigt Streikverbot für Beamte](#), dbb.de vom 31.10.2012
3. ↑ [Klage der Abgeordneten gegen Offenlegung von Einkünften erfolglos](#), Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Juli 2007, abgerufen am 20.08.2021
4. ↑ [Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem](#), www.jura.uni-bonn.de, abgerufen am 20.04.2016
5. ↑ [Bayern Politisches Ränkespiel 12. Februar 2016](#), deutschlandradiokultur.de, abgerufen am 20.04.2016
6. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 20.08.2021

Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung

Die **Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung** wurde 1999 anlässlich des 100sten Geburtstages ihres Namensgebers von der Württembergische Versicherung AG, die sich inzwischen mit Wüstenrot zur Wüstenrot & Württembergische AG

zusammengeschlossen hat, als Stifterin ins Leben gerufen.^[1]

^[2] Sie setzt sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne des marktradikalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) ein. Zu diesem Zweck vergibt sie alle zwei Jahre den Internationalen Preis der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung sowie den Publizistikpreis der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung. Die Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung ist nicht identisch mit der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), die mit der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) kooperiert.

Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung



Rechtsform Stiftung

Tätigkeitsbereich Förderung marktradikaler Vorstellungen im Sinne von [Friedrich August von Hayek](#)

Gründungsdatum 1999

Hauptsitz Freiburg

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse www.hayek-stiftung.de

Webadresse www.hayek-stiftung.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	24
2 Gremien der Stiftung	25
2.1 Vorstand der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung	25
2.2 Kuratorium der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung (Auswahl)	26
3 Preise der Stiftung	27
4 Kooperationen	27
4.1 Centrum für Europäische Politik/Stiftung Ordnungspolitik	27
4.2 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	28
4.3 Stiftung Marktwirtschaft	28
5 Intransparente Finanzen	28
6 Weiterführende Informationen	28
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
8 Einzelnachweise	28

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung wurde im Mai 1999 zum 100. Geburtstag des marktradikalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) gegründet. Zu den Gründern gehören [Lüder Gerken](#) (Vorsitzender des [Centrums für Europäische Politik](#)), Ex-Bundespräsident [Roman Herzog](#) und die Württembergische

Versicherung (1999 zur **Wüstenrot & Württembergische**-Gruppe fusioniert) als Stifter. Diese hat die Stiftung mit einem Kapitalstock ausgestattet und stiftet die Preise, die verliehen werden. Der langjährige Vorstandsvorsitzende der Wüstenrot & Württembergische AG, **Alexander Erdland**, ist Mitglied des Kuratoriums der Stiftung. Erdland war auch Präsident des **Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft** (GDV), der einflussreichen Versicherungs-Lobbyorganisation. Im Kuratorium sitzen Lobbyisten und Mitglieder wirtschaftsnaher Netzwerke.

Laut ihrer **Broschüre** hat der Schutz der Freiheit, den es nur in einer Marktwirtschaft gibt, unbedingtes Ziel und damit auch Handlungsbeschränkung aller Politik zu sein. Damit wird der Politik letztlich die Berechtigung abgesprochen, in den freien Markt einzugreifen. Unter dem Stichwort "Demokratie" wird in der Broschüre auch der Einfluss von Verbänden, die Sonderinteressen vertreten, angeprangert. Die Politiker seien vielfach wehrlos, weil sie auf diese Interessengruppen angewiesen seien, um eine Mehrheit für ihre Politik zu erhalten. Dabei wird die Stiftung selbst durch eine Sonderinteressen vertretende Versicherung gefördert.

Gremien der Stiftung

Vorstand der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung

Name	Verbindungen
	<ul style="list-style-type: none">• Stiftung Ordnungspolitik, Vorsitzender des Vorstands• Centrum für Europäische Politik (CEP), Vorsitzender
Lüder Gerken	<ul style="list-style-type: none">• Walter Eucken Institut, ehem. Direktor• Stiftung Marktwirtschaft, ehem. Vorstand• Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator

(Stand: August 2023) Quelle: ^[3]

Kuratorium der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung (Auswahl)

Name	Verbindungen
Jens Weidmann (Vorsitzender)	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bundesbank, ehem. Präsident • Commerzbank, Vorsitzender des Aufsichtsrats • FAZIT-Stiftung Gemeinnützige Verlagsgesellschaft mbH, Mitglied des Kuratoriums • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Institute for Monetary and Financial Stability (IMFS), Distinguished Fellow
Leszek Balcerowicz	<ul style="list-style-type: none"> • Polnische Nationalbank, ehem. Präsident • Mitglied mehrerer wirtschaftsnaher Netzwerke und Denkfabriken
Heinrich Otto Deichmann	<ul style="list-style-type: none"> • Deichmann SE, Geschäftsführer • Handelsverband Deutschland, Mitglied des Vorstands • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des Stiftungsrats
Alexander Erdland	<ul style="list-style-type: none"> • Wüstenrot & Württembergische AG, 2006-2016 Vorstandsvorsitzender • Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), 2012-2017 Präsident
Udo di Fabio	<ul style="list-style-type: none"> • 1999-2011 Richter am Bundesverfassungsgericht • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Lüder Gerken	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstand der Hayek Stiftung
Heike Göbel	<ul style="list-style-type: none"> • FAZ, Leiterin des Ressorts Wirtschaftspolitik • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Werner Hoyer	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Investitionsbank, Präsident • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • ehem. FDP-Politiker
Otmar Issing	<ul style="list-style-type: none"> • Center for Financial Studies (CFS), Ehrenpräsident • Mitglied mehrerer wirtschaftsnaher Netzwerke und Denkfabriken
Renate Köcher	<ul style="list-style-type: none"> • Institut für Demoskopie Allensbach, Geschäftsführerin • FAZIT-Stiftung Gemeinnützige Verlagsgesellschaft mbH, Mitglied des Kuratoriums

Nicola Leibinger-Kammüller	<ul style="list-style-type: none">• TRUMPF GmbH + Co. KG, Vorsitzende der Geschäftsführung• Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Kuratoriums
Ludger Schuknecht	<ul style="list-style-type: none">• Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), Vizepräsident• Bundesministerium der Finanzen, bis 2018 Abteilungsleiter• OECD, Stellv. Generalsekretär
Jürgen Stark	<ul style="list-style-type: none">• Europäische Zentralbank (EZB), ehem. Direktoriumsmitglied• Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Botschafter• Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Holger Steltzner	<ul style="list-style-type: none">• Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), ehem. Herausgeber• Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied

(Stand: September 2025) Quelle: ^[4]

Preise der Stiftung

Alle zwei Jahre vergibt die Stiftung einen internationalen Preis und einen Publizistik-Preis. Die Preise werden Persönlichkeiten verliehen, "die sich durch beispielhafte und außergewöhnliche Leistungen bei der Errichtung, Stärkung oder sonstigen Förderung einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland, in Europa oder in anderen Teiler der Welt ausgezeichnet haben".

Preisträger 2005: Mario Monti (international) und [Karen Horn](#) (Publizistik)

Preisträger 2007: Mikulàs Dzurinda (international) und Horst Siebert (Publizistik)

Preisträger 2009: Václav Klaus (international) und Paul Kirchhof (Publizistik)

Preisträger 2011: [Leszek Balcerowicz](#) (international) und Hans D. Barbier (Publizistik)

Preisträger 2013: Sauli Niinistö (international) und Dorothea Siems (Publizistik)

Preisträger 2015: [Jens Weidmann](#) (international), [Udo di Fabio](#) (Publizistik) und [Roman Herzog](#) (Ehrenpreis)

Preisträger 2017: Joachim Gauck (international) und Heike Göbel (Publizistik)

Preisträger 2019: Margrethe Vestager (international) und [Wolfgang Clement](#) (Publizistik)

Kooperationen

[Centrum für Europäische Politik](#)/[Stiftung Ordnungspolitik](#)

Partner der Stiftung ist das [Centrum für Europäische Politik](#), die Denkfabrik der [Stiftung Ordnungspolitik](#). Deren Stiftungsvorsitzender ([Lüder Gerken](#)) ist auch Vorsitzender der Hayek-Stiftung. Die Mitglieder des Kuratoriums der [Stiftung Ordnungspolitik](#) sind auch Kuratoriumsmitglieder der Hayek-Stiftung.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Lüder Gerken, Vorstand der Hayek-Stiftung, ist ehemaliger Kurator der INSM. Jürgen Stark, Mitglied des Kuratoriums, ist Botschafter der INSM

Stiftung Marktwirtschaft

Lüdiger Gerken, Vorstand der Hayek-Stiftung, ist ehemaliger Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

Intransparente Finanzen

Die Stiftung macht keine Angaben zur Höhe oder Herkunft des Stiftungskapitals und benennt keine Spender. Auch die Satzung der Stiftung ist auf der Webseite nicht abrufbar.

Weiterführende Informationen

- [Karl-Heinz Brodbeck: Die fragwürdigen Grundlagen des Neoliberalismus Wirtschaftsordnung und Markt in Hayeks Theorie der Regelselektion, 13. Oktober 2004](#)
- [Christof Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus, 2. Auflage, Wiesbaden 2008](#)
- [Alexander Rüstow: Die Religion der Marktwirtschaft, 3. Aufl., Berlin 2009](#)
- Die Hayek Stiftung im [Wiki der Think Tank Netzwerk Initiative](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [W&W fördert Wirtschaftspreis](#), lifep.de vom 15.11.2013, abgerufen am 21.05.2024
2. ↑ [\[1\].pdf](#) cep.eu, abgerufen am 21.05.2024
3. ↑ [Vorstand](#) Webseite Hayek-Stiftung, abgerufen am 22.08.2023
4. ↑ [Kuratorium](#), hayek-stiftung.de, abgerufen am 13.08.2025

Clemens Fuest

Der wirtschaftsliberale Ökonom **Clemens Fuest** (* 23. August 1968 in Münster) ist Präsident des [Ifo Instituts](#), Regierungsberater, Mitglied des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) sowie Beiratsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und der [Stiftung Familienunternehmen](#). Bis 4/2016 war er Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Er gilt als einer der einflussreichsten Ökonomen Deutschlands.

Fuest hat das fiskalpolitische Paket von Union und SPD mit erdacht.^{[1][2]} Er begründete seine Zustimmung wie folgt: „Das Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro für Infrastruktur brauchen wir meines Erachtens nicht, aber ohne dieses Zugeständnis hätte die SPD nach eigenen Angaben die Finanzierung höherer Verteidigungsausgaben blockiert. Das hätte die Sicherheit Deutschlands gefährdet. Deshalb halte ich das Gesamtpaket besser, als nichts zu tun“.^[3]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	29
2 Verbindungen / Netzwerke	29
3 Wirken	30
4 Weiterführende Informationen	30
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	30
6 Einzelnachweise	30

Karriere

- seit 4/2016 Präsident des [ifo Instituts](#), Direktor des [Center for Economic Studies \(CES\)](#), Präsident der CESifo GmbH und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- seit 2003 [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied (2007 - 2010 Vorsitzender)
- 2019-2022 Mitglied des Deutsch-Französischen Rates der Wirtschaftsexperten
- 2018-2021, Präsident des [International Institute of Public Finance](#), seit 2021 Ehrenpräsident
- 2015-2019 Mitglied der Mindestlohn-Kommission des Bundes
- 2013-2016: Mitglied des Beirats des Stabilitätsrats der Bundesregierung
- 2013-4/2016 Präsident des [Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung \(ZEW\)](#)
- seit 2011 Ordentliches Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste
- 2008-2010 Independent Expert Group to the Royal Commission on Scottish Devolution, Mitglied
- seit 2008 Programmdirektor an der Oxford University Centre for Business Taxation at Saïd Business School
- 2007 Research Fellow des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit \(IZA\)](#), Bonn
- 2006-2008 International Fellow des Centre for Business Taxation, University of Oxford
- 2001-2013 Direktor des [Finanzwissenschaftliches Forschungsinstituts](#) an der Uni Köln
- 2001-2008 Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Uni Köln
- 2000 Habilitation an der Uni München
- 1994 Promotion an der Uni Köln
- 1987-1991 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Uni Bochum und der Volkswirtschaftslehre und Romanistik an der Uni Mannheim

Quelle: ^[4]

Verbindungen / Netzwerke

- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Präsidiums

- [Wirtschaftsrat der CDU](#), [Stiftung Familienunternehmen](#), [Sparkassenverband Bayern](#) und [Walter Raymond Stiftung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Ernst & Young](#), Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats^[5]
- [HSBC Trinkaus & Burkhardt AG](#), Vorsitzender des Verwaltungsrats
- [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied des "Kronberger Kreises" und ehem. Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch"
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Fellow
- Hochschule der Bayerischen Wirtschaft (HDBW), Mitglied des Hochschulrats
- [Hanns Martin Schleyer-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums (zu den Freunden und Förderern gehört der [BDI](#) und die [BDA](#))
- [Denkraum für Soziale Marktwirtschaft](#), Beiratsmitglied
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#): Unterzeichner des Manifests "Deutschland braucht mehr Wachstum" vom September 2006^[6] und des Manifests "Faire Regeln für alle: Mehrwertsteuer einfach gestalten" vom 23. Februar 2011^[7]
- [ÖkonomenBlog der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied

Quelle:^[8]

Wirken

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Clemens Fuest: „Ohne dieses Zugeständnis hätte die SPD höhere Verteidigungsausgaben blockiert](#), msn.com, abgerufen am 18.03.2025
2. ↑ [Südekum: „Jetzt beginnt die spannende Wirtschaftspolitik“](#) , surplusmagazin.de vom 06.03.2025, abgerufen am 20.03.2025
3. ↑ [Clemens Fuest: „Ohne dieses Zugeständnis hätte die SPD höhere Verteidigungsausgaben blockiert](#), msn.com, abgerufen am 18.03.2025
4. ↑ [Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest](#), ifo.de, abgerufen am 18.03.2025
5. ↑ [Unser Aufsichtsrat](#), ey.com, abgerufen am 18.03.2025
6. ↑ [Das INSM-Wachstumsmanifest ist auf der Website der INSM abrufbar](#)
7. ↑ [Faire Regeln für alle: Mehrwertsteuer einfach gestalten](#), Webseite INSM, abgerufen am 25. 01. 2016
8. ↑ [Unser Aufsichtsrat](#), ey.com, abgerufen am 18.03.2025

Wirtschaftsbeirat Bayern

Wirtschaftsbeirat Bayern

Der 1948 gegründete **Wirtschaftsbeirat Bayern**, auch **Wirtschaftsbeirat der Union** genannt, ist der einflussreiche Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen. Zwischen dem Wirtschaftsbeirat und der CSU gibt es enge Verflechtungen, die für intransparente Lobbyaktivitäten genutzt werden können. Mehrere Präsidiumsmitglieder des Wirtschaftsbeirats sind gleichzeitig Mitglieder des Präsidiums der CSU. Auch die Präsidentin [Angelika Niebler](#) gehört dem CSU-Präsidium an. (Stand: März 2022). Laut [EU Transparenz-Register](#) verfügte der Wirtschaftsbeirat im Jahr 2020 über ein Budget von ca. 906 Tsd. Euro, das im Wesentlichen über Mitgliedsbeiträge und Sponsoring finanziert wurde.

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Interessenverband bayerischer Unternehmen, die der CSU nahe stehen

Gründungsdatum 1948

Hauptsitz München

Lobbybüro Forum Berlin

Lobbybüro EU Forum Brüssel

Webadresse wbu.de

Inhaltsverzeichnis

1 Präsidium als Netzwerk	31
1.1 Präsident:innen	32
1.2 Schatzmeisterin	32
1.3 Einflussreiche CSU-Politiker:innen (Mitglieder des Präsidiums)	32
1.4 Repräsentant:innen von Unternehmen, Verbänden und Lobbyorganisationen	32
1.5 Bayerische Staatsminister:innen a.D.	32
1.6 Wirtschaftsnahe Wissenschaftler:innen	33
2 Lobbystrategien und Einfluss	33
3 Leugner des menschengemachten Klimawandels als Referent im Umweltausschuss	33
4 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	33
4.1 Generalsekretär	33
4.2 Präsidium	34
4.3 Foren Berlin und Brüssel	34
5 Weiterführende Informationen	34
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	34
7 Einzelnachweise	34

Präsidium als Netzwerk

Dem [Präsidium](#) des Wirtschaftsbeirats gehören aktuelle und ehemalige CSU-Politiker, Repräsentanten von Unternehmen und Verbänden, Staatsminister a.D. sowie wirtschaftsnahe Wissenschaftler an.

Präsident:innen

- [Angelika Niebler](#), (Präsidentin), Leiterin Forum Brüssel), Mitglied des Europäischen Parlaments sowie Mitglied des CSU-Präsidiums, Stellv. Parteivorsitzende der CSU und Vorsitzende der CSU-Europagruppe. Über Frau Niebler nimmt die Lobbyorganisation regelmäßig an den Sitzungen des CSU-Präsidiums teil
- Hans Hammer (Vizepräsident), Vorstandsvorsitzender der Hammer AG und Schatzmeister der CSU München
- Reimund Gotzel (Vizepräsident), Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG

Schatzmeisterin

- Christine Bortenlänger, Geschäftsführende Vorständin des Deutschen Aktieninstitut

Einflussreiche CSU-Politiker:innen (Mitglieder des Präsidiums)

Im Präsidium des Wirtschaftsbeirats sind - neben Frau Niebler - die folgenden weiteren Mitglieder des CSU-Präsidiums aktiv: Ilse Aigner (Präsidentin des Bayerischen Landtags), Joachim Herrmann (Mitglied des Bayerischen Landtags, Bayerischer Staatsminister des Innern) und Manfred Weber (Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Stellv. Parteivorsitzender der CSU).

Repräsentant:innen von Unternehmen, Verbänden und Lobbyorganisationen

Hierzu gehören u.a.:

- Ilka Hostmeier, BMW AG
- Roland Berger, Roland Berger Strategy Consultants GmbH
- Bertram Brossardt, [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Astrid Hamker, [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Michael Jäger, [Bund der Steuerzahler Bayern](#), [Europäischer Wirtschaftssenat](#)
- Klemens Joos, Lobbyagentur [EUTOP](#)
- Sigmund Gottlieb, [Kekst CNC](#)
- Peter Kössler, AUDI
- Christian Pols, [Airbus Defence Space GmbH](#)
- Thomas Schmid, Bayerischer Bauindustrieverband

Bayerische Staatsminister:innen a.D.

- Reinhold Bocklet
- Erwin Huber
- Ursula Männle
- Alfred Sauter
- Hans Spitzner

Wirtschaftsnahe Wissenschaftler:innen

- Hans-Werner Sinn, Präsident a.D. ifo Institut
- [Clemens Fuest](#), Präsident ifo Institut

Lobbystrategien und Einfluss

Der Wirtschaftsbeirat Bayern ist ein Netzwerk CSU-naher Unternehmen, die für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen in Land, Bund und EU eintreten. Die Vereinigung vertritt die Interessen von rund 1.900 Mitgliedern (Unternehmerinnen und Unternehmer, Führungskräfte aus der Wirtschaft, Vertreter der Freien Berufe sowie international tätige Großunternehmen und mittelständische Betriebe aus Bayern).

An den Veranstaltungen^[1] sowie den Sitzungen der Ausschüsse und Arbeitskreise^[2] beteiligen sich neben Vertretern der Wirtschaft oft auch führende Vertreter der bayerischen Landesregierung, CSU-Minister und CSU-Bundestags-, Landtags- und Europaabgeordnete. Regelmäßige Treffen gibt es auch mit Vertretern der Bundesregierung und der EU-Kommission. Die bayerische Wirtschaft erhält so die Gelegenheit, bei politischen Entscheidungsträgern für ihre Vorstellungen wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen zu werben.

Präsidentin und Ansprechpartnerin in Brüssel ist die Europaabgeordnete [Angelika Niebler](#) (CSU), Rechtsanwältin bei Gibson, Dunn & Crutcher, und Vorsitzende der CSU-Europagruppe. Im Jahresbericht 2018 des Generalsekretärs des Wirtschaftsbeirats wird zu den Aktivitäten in Brüssel ausgeführt: "Für Sie als Mitglieder des Wirtschaftsbeirats kommt es darauf an, dass wir Ihre Anliegen auch in Berlin und in Brüssel direkt einspeisen. Dem dient zum einen das Dialogprogramm in Brüssel...Die Vorsitzende der CSU Europagruppe Frau Prof. Dr. [Angelika Niebler](#), MdEP, nahm sich dafür ebenso Zeit wie [Markus Ferber](#) und EU-Kommissar [Günther Oettinger](#) u. a... Mit Frau Prof. Niebler und [Markus Ferber](#) ist der Wirtschaftsbeirat in Brüssel und Straßburg bestens präsent".^[3]

Leugner des menschengemachten Klimawandels als Referent im Umweltausschuss

Vorsitzender im [Ausschuss für Umweltpolitik](#) ist Dr. Peter von Zumbusch, Vorsitzender der Initiative [ChemDelta Bavaria](#) und Standortleiter der Wacker Chemie AG in Burghausen. Dessen Vorgänger als Vorsitzender des Ausschusses für Umweltpolitik war Bernhard Langhammer, Pressesprecher der Initiative [ChemDelta Bavaria](#). Bei einer Online-Veranstaltung des Ausschusses vom 10.03.2021 zum Thema „Unerwünschte Wahrheiten - Klima- und Energiepolitik auf dem Prüfstand“ trat als einziger Referent [Fritz Vahrenholt](#) auf, dessen Thesen schon seit Jahren als widerlegt gelten und von Wissenschaftlern als „kompletter Unsinn“ bezeichnet werden.^{[4][5]} Moderiert wurde die Veranstaltung von Bernhard Langhammer.^[6]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Generalsekretär

Generalsekretär ist Michael Hinterdobler, ehem. Leiter der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union^[7]

Präsidium

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Präsidentin ist [Angelika Niebler](#) (CSU/MdEP), Mitglied des Präsidiums der CSU.

Foren Berlin und Brüssel

Ansprechpartner der Foren Berlin und Brüssel sind^[8]:

Alexander Radwan (Forum Berlin), MdB (CSU), Anwalt bei [Waigel Rechtsanwälte](#)

[Angelika Niebler](#) (Forum Brüssel), MdEP (EVP/CSU), Präsidentin des Wirtschaftsbeirats, Anwältin bei Gibson, Dunn & Crutcher

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Veranstaltungen](#), wbu.de, abgerufen am 08.07.2019
2. ↑ [Generalversammlung 2015 Jahresbericht des Generalsekretärs](#), wbu.de, abgerufen am 11.03.2017
3. ↑ [Jahresbericht 2018](#), wbu.de, abgerufen am 17.03.2021
4. ↑ [Und sie erwärmt sich doch, Studie des Umweltbundesamtes vom April 2013, S. 110 ff.](#), umweltbundesamt.de, abgerufen am 17.03.2021
5. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Deutschen Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spektrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 17.03.2021
6. ↑ [Veranstaltungsrückblick](#) www.wbu.de, Abgerufen am 11.08.2021
7. ↑ [Organigramm](#), bayern.de, abgerufen am 09.03.2026
8. ↑ [Foren](#), wbu.de, abgerufen am 02.09.2024

Vernunftkraft

Weiterleitung nach:

- [Bundesinitiative Vernunftkraft](#)